

(Die Fabriksindustrie gegen die Besteuerung des elektrischen Stromes.) Der Bund ungarischer Fabriksindustriellen hat an die Leitung der Hauptstadt eine Eingabe gerichtet, in der darum gebeten wird, auf die geplante Preissteigerung und Besteuerung des elektrischen Stroms zu verzichten. Die Unterbreitung lenkt die Aufmerksamkeit der Hauptstadt darauf, daß die Einkünfte der Hauptstadt infolge der neuen Kriegssteuern ohnehin beträchtlich steigen werden. Die Preiserhöhung und Besteuerung des elektrischen Stroms und des Leuchtgases würden, wie die diesbezüglich im Inland und Ausland gemachten Erfahrungen zweifellos beweisen, nur eine Abnahme des Stromkonsums und eine Verringerung der Rentabilität der Elektrizitätsanlagen nach sich ziehen, so daß die von der Hauptstadt erwartete Mehreinnahme ausbleiben würde. Demgegenüber wird jener Teil der Fabrikanten und des Publikums, der den Stromverbrauch nicht reduzieren kann, eine neue schwere Last zu tragen haben, die Lebensführung in der Hauptstadt wird noch weiter verteuert werden und die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken gegenüber jenen inländischen und ausländischen Unternehmungen, die mit keiner solchen Steuer belastet sind, wird stark gelähmt sein. Die neue Steuer wird das Bestreben zahlreicher hauptstädtischen Industrieunternehmungen, ihre Werke in Gegenden außerhalb der Hauptstadt zu verlegen, wo die Steuer- und Produktionsverhältnisse günstiger sind, noch weiter bestärken. Nach Ansicht des Bundes ungarischer Fabriksindustriellen würde die Hauptstadt zu viel größeren Einnahmen gelangen, wenn sie den nichtrentablen Stromverbrauch stärker reduzieren und durch Herabsetzung der Einheitspreise des elektrischen Stroms und des Leuchtgases den Privatkonsum möglichst fördern würde.